



EUROPEAN CONSTITUTIONAL GROUP

im Dezember 2007

Wir bedauern die Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon, der die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union neu regelt.

Es ist notwendig und richtig, dass sich die erweiterte Union reformiert. Aber die vorgesehenen Änderungen sind nicht das, was die Europäische Union braucht. Sie werden der Union weder helfen, bessere politische Entscheidungen zu treffen, noch sie dazu veranlassen, die Wünsche der Bürger stärker zu respektieren. Unsere eigenen Vorschläge sind 1993 und 2003 veröffentlicht worden – wir stehen dazu.

Der Vertrag von Lissabon ist von erheblicher konstitutioneller Bedeutung. Er wiederholt die Fehler des ursprünglichen Verfassungsvertrages, die wir kritisiert und zurückgewiesen haben: er gibt der Europäischen Union noch weiter reichende Kompetenzen; er dehnt die Generalermächtigung des Artikels 308 EG-Vertrag von Fragen des Gemeinsamen Marktes auf alle Politikbereiche der Union aus; er senkt das Mehrheitserfordernis im Ministerrat von 73,9 auf maximal 65 Prozent ab; er verzichtet auf Einstimmigkeit in Bereichen, in denen dies gefährlich ist; und er erweckt den durchaus falschen Eindruck, dass die Ohnmacht der nationalen Parlamente in der europäischen Gesetzgebung ein Ende haben wird. Alle diese Änderungen des europäischen Regelwerks – und manche andere mehr – werden den Prozess der politischen Zentralisierung in Europa beschleunigen.

Wir rufen die Bürger und Parlamente aller Mitgliedstaaten deshalb auf, den Vertrag von Lissabon zurückzuweisen.

Prof. Dr. Peter Bernholz

Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum
Institut für Volkswirtschaft
Universität Basel

Prof. Dr. Charles B. Blankart

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Francisco Cabrillo

Universidad Complutense
Madrid

Professor Jean-Pierre Centi

Doyen de la Faculté d'Economie
Université de Aix-Marseille

Dr. Detmar Doering

Direktor
Liberales Institut der Friedrich-Naumann-
Stiftung
Potsdam

Dr. Lüder Gerken

Direktor
Stiftung Ordnungspolitik
Freiburg

**Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. Christian
Kirchner LL.M.**

Juristische Fakultät und
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Humboldt-Universität Berlin

Dr. Elena Leontjeva

Chair of the Board
Lithuanian Free Market Institute
Vilnius

Dr. Angelo Petroni

Direttore
Scuola Superiore della Pubblica
Amministrazione
Rom

Prof. Dr Joachim Rückert

Institut für Rechtsgeschichte
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Frankfurt/Main

Professor Pascal Salin

Université Paris-IX-Dauphine

**Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Friedrich
Schneider**

Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Johannes-Kepler-Universität Linz

Dr. Jirí Schwarz

Liberální Institut
Prag

Peter Stein

CEO
Stein Brothers AB
Stockholm

Prof. Dr. Roland Vaubel

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre
Universität Mannheim

Frank Vibert

Director
European Policy Forum
London

Professor Jan Winiecki

Warschau